

Ohne Stimme, weil Ihr nicht hört!

„Sie sind wie ohne Stimme. Das heißt: Sind sind da, doch dort, wo gesellschaftspolitische Entscheidungen getroffen werden, werden sie nicht wahrgenommen.“

Günther Grass, Rede vor dem Europarat in Straßburg, 11. Oktober 2000

„Die Gemeinschaft der europäischen Völker zerbrach, als – und weil – sie den Ausschluss und die Verfolgung seines schwächsten Mitglieds zuließ.“

Hannah Arendt

Die Berliner Verkehrssenatorin hat am Montag, 14. Juni 2021, zu einer Vor-Ort-Begehung des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas eingeladen. Sie will gemeinsam mit den Planer*innen der DB den aktuellen Planungsstand für die Trassenführung, als Variante 12h bezeichnet, vorstellen und technische Lösungen für die vom Künstler Dani Karavan artikulierten Probleme an der bisherigen Planung erläutern.

Weite Teile der Communitys der Sinti* und Roma* in Deutschland sowie Europa werden in den Diskussionen um das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma Europas ignoriert. Wir fordern mehr Transparenz und Partizipation sowie eine angemessene Sensibilität der Politik für die Bedeutung des Denkmals.

Wir fordern den Berliner Senat auf...

- 1) ... die Planung einzufrieren bis mehr Transparenz und Partizipation hergestellt sind.
- 2) ... umgehend mehr Transparenz im aktuellen Verfahren zur Planung des Ausbaus der S21 Linie zu schaffen, sodass die Öffentlichkeit über Treffen, eingebundene Akteur*innen und Planungsstand besser informiert ist.
- 3) ... eine breitere Gruppe an betroffenen Akteur*innen aktiver von den Plänen zum Ausbau der S21 zu informieren und in die Gespräche mit Einzubinden. Diese sollten sowohl Vertreter*innen der organisierten Zivilgesellschaft der in Deutschland lebenden zugewanderten Roma*, als auch Vertreter*innen von Menschen mit Romani-Hintergrund aus Europa sein.

ZITATE

Daniel Strauß, Sprecher des Aktionsbündnis „Unser Denkmal ist Unantastbar“:

Aktuell nehmen deutsche Politiker und Bürokraten in den Gesprächen zum Bau der S-21 Trasse zwischen dem Hauptbahnhof und dem Potsdamer Platz eine unrühmliche, überwunden geglaubte Rolle gegenüber der ethnischen Minderheit der Sinti und Roma ein. Sie versuchen die Stimmen von Sinti und Roma gegeneinander auszuspielen oder zu unterdrücken. Zugleich zeugt das Agieren der Verantwortlichen Senatorin von erschreckender Unkenntnis gegenüber unserer Geschichte und Kultur. Selbst der erst kürzlich veröffentlichte Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, welche von der Bundesregierung einberufen wurde, führt das aktuelle Planungsverfahren der S21 in Bezug auf eine Bedrohung des Denkmals als Beispiel für Antiziganismus in unserer Gesellschaft an. Diese Stimmen müssen endlich Gehör finden.

Wir fordern, dass nach über 3 Jahren Planung endlich Transparenz geschaffen wird und unsere Minderheit vollumfänglich eingebunden wird. Dies sollte in der Bundesrepublik eine Selbstverständlichkeit sein.“

Hamze Bytyçi, Vorsitzender RomaTrial e.V. und Mitinitiator des diesjährigen 50. Jubiläums des Welt-Roma-Kongresses:

„Die Bundesregierung und der Berliner Senat stehen in der Verantwortung zum Schutz des Gedenkens an die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma. Dieser besondere Ort des Friedens, der Ruhe, der Mahnung und Erinnerung - den Dani Karavan mit seinem Denkmal im Berliner Tiergarten geschaffen hat, ist einmal und zentraler Resonanzraum für die Erinnerung an das vergangene Leid unserer Menschen und zur Sensibilisierung für die Diskriminierung, die Sinti und Roma in Deutschland und Europa immer noch tagtäglich erfahren.

Dieses Denkmal steht nicht nur für eine Mahnung für die Gesamtgesellschaft, sondern ist ein Symbol der Hoffnung, dass sich das Geschehene nie wieder wiederholt. Wenn aber das Denkmal gerade in den Zeiten des Rechtsrucks und der Verrohung der Gesellschaft zur Disposition gestellt wird, wird damit die Büchse der Pandora geöffnet.“

HINTERGRUND

Es mangelt an Transparenz.

Derzeit finden die Konsultationen der Senatorin in rein informellem Rahmen statt. Weder die teilnehmenden Akteur*innen oder die Ergebnisse der Treffen werden an die Öffentlichkeit berichtet. Dies hat vielfach zu Spekulationen und Behauptungen einzelner Beteiligter geführt, ohne dass eine breite Öffentlichkeit zu Informationen zum Planungsstand oder zum Konsultationsprozess Zugang hat. Einzelne Akteur*innen werden abhängig von ihrem Willen zur Unterstützung der Ideen der Senatorin punktuell eingebunden und wieder ausgelassen. Diese Intransparenz und Willkür ist einem derartig bedeutsamen Ort, wie dem Denkmal der im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas, unwürdig.

Im Gegenteil sind die Informationen, die einzelne Akteure von der Senatorin bekommen nicht vollständig, und in einzelnen Punkte auch falsch und befördern damit eine falsche Wahrnehmung der Debatte.

In einem nur an einzelne Zeitungen abgegebenem Pressestatement von Mitte März behauptet die Senatorin: *„Gemäß einer begleitenden Untersuchung müssten beim Bau dieser Trassenvariante zudem sieben Bäume außerhalb des eigentlichen Denkmalgeländes ersetzt werden [...]“*

Die uns vorliegenden aktuellen Baupläne der Variante 12h belegen eine andere Realität, nach welcher die angesprochenen 7 Bäume direkt auf dem Gelände in erster Reihe neben der Brunnenschale des Denkmals sind und nach derzeitigem Wissen auch darüber hinaus noch ein größerer Baumbestand von den Baumaßnahmen zumindest signifikant beschädigt wird.

Auch der Künstler Dani Karavan selbst teilte zu Lebzeiten nicht die Auffassung, dass die Effekte der Variante 12h nur gering und temporär seien, weshalb er diese Baupläne der Variante 12h explizit ablehnte. Nichtsdestotrotz behaupten Deutsche Bahn und Senat weiterhin, dass die gefundene Lösung nur geringfügige und temporäre Eingriffe ins Gesamtkunstwerk des Denkmals bedeuten würde. Die Öffentlichkeit wird schlicht falsch informiert.

Es mangelt an Partizipation.

Die aktuell noch informellen Gesprächsrunden der Berliner Verkehrssenatorin zum S21-Ausbau verfolgen laut Senatorin das Ziel bereits früh im Prozess die betroffenen Akteur*innen für den S21 an einen Tisch zu bekommen. Es wurde allerdings unterlassen, weitere notwendige Akteur*innen über die Problematik zu informieren oder sie in die Gespräche mit einzubinden.

Wir sind der Auffassung, dass neben dem Zentralrat der Deutschen Sinti und Roma, der in seiner Arbeit nur einen Teil der autochthonen nationalen Minderheit vertritt, auch weitere Vertreter*innen der ethnischen Minderheit aus Deutschland und Europa einzubinden sind. Es ist nicht akzeptabel, dass die Entscheidung darüber, wer die Vertreter*innen einer ethnischen Minderheit sind von der weißen Mehrheitsgesellschaft ohne Einbindung der Minderheit selber getroffen wird. Weder sind Vertreter*innen der organisierten Zivilgesellschaft der in Deutschland lebenden zugewanderten Roma, noch sind Vertreter*innen der Menschen mit Romani-Hintergrund aus Europa eingebunden, deren Opfer an diesem Ort ebenso gedacht wird. Beide Forderungen wurden wiederholt gegenüber der Senatsverwaltung artikuliert.

Dieser Umstand wird z.B. von Zoni Weiß, niederländischer Holocaust-Überlebender, bei einer Gedenkveranstaltung am 16. Mai 2021 wie folgt kommentiert:

„Ich betrachte dieses Denkmal als das Grab meiner Familie ... Die einzige gute Lösung ist eine alternative Route, damit unser Denkmal nicht beschädigt und Frieden garantiert wird. ... Das deutsche Volk schuldet es den mehr als 500.000 von den Nazis ermordeten Sinti und Roma.“

Es mangelt an erinnerungspolitischem Verständnis für die Bedeutung des Denkmals.

Die Verkehrsinfrastruktur in Berlin auszubauen ist völlig in Ordnung, aber nicht um jeden Preis. Auch die Verkehrspolitik hat das Gedenken an unsere Menschen und diesen Ort zu respektieren. Hier geht es um Respekt, Erinnerung und Gedenken an 500.000 Opfer des Holocaust, deren Völkermord erst 1980 anerkannt wurde und die 20 Jahre für dieses Denkmal kämpften, und zwar so wie es jetzt ist, so wie Dani Karavan es konzipiert hat.

Die Bundesrepublik nimmt ihre Verantwortung gegenüber den Opfern und Ihren Nachkommen nicht angemessen wahr, wenn 8 Jahre nach der Eröffnung des Denkmals zur Erinnerung und Mahnung der deutschen Gesellschaft, für einen S-Bahn-Tunnel ein Teil des Denkmals weichen soll.